

Neue Bezahlung in psychiatrischen Kliniken

FOTO: Techniker Krankenkasse



PSYCHISCH KRANKER PATIENT: Das neue Entgeltsystem soll Anreize setzen, Klinikbehandlungen zu verbessern

Die Vergütung bei den rund 240 Fachkrankenhäusern für psychiatrische und psychosomatische Erkrankungen und den entsprechenden Abteilungen der rund 350 Allgemeinkrankenhäuser und Unikliniken in Deutschland soll transparenter und leistungsorientierter werden. Die stufenweise Einführung eines neuen Abrechnungssystems ab 2013 gilt als großer Umbruch. In Hamburg sind rund 20 Abteilungen betroffen. Bislang wurden die Häuser und Abteilungen nach Pflegesätzen bezahlt, unabhängig davon, ob ein Patient nur leicht oder schwer erkrankt war. Dadurch waren Einrichtungen mit vielen schweren Fällen nach Ansicht von Experten schlechter gestellt. Zudem enthielt das alte System Anreize, Patienten lange zu behandeln. Künftig gilt ein pauschalierendes Entgeltsystem (PEPP). Aus tagesebenen Pflegesätzen werden Tagessätze für Krankheitsgruppen. Je höher der Behandlungsbedarf einer Patientengruppe ist, desto mehr Geld bekommt die Klinik oder Abteilung für diese Patienten. Allerdings sinken die Sätze in vielen Fällen gestaffelt nach zeitlichen Abständen. Eine Einrichtung erhält also in den ersten Tagen der Behandlung einen deutlich höheren Satz als am Ende. Außerdem erhofft man sich, mit PEPP eine größere Transparenz über die Behandlungsschritte herstellen zu können. In den ersten vier Jahren wird das neue System ohne Auswirkungen auf die tatsächlichen Budgets der Kliniken nur getestet werden; bis 2015 ist die Teilnahme außerdem freiwillig. Ab 2017 folgt eine fünfjährige Übergangsphase, in der die Vergütungen schrittweise an ein landesweites Niveau angepasst werden. Derzeit ist noch nicht absehbar, wie viele Abteilungen in Hamburg sich bis 2015 freiwillig beteiligen werden. Die konkrete Anwendung wird zeigen, ob die neue Systematik die Erwartungen erfüllt. Der „schützende Rahmen“ der langen Übergangsfristen werde es ermöglichen, die PEPPs als „lernendes System“ weiter zu verbessern und anzupassen, heißt es aus dem Bundesgesundheitsministerium.